



wakeyfan/Pixabay

DAS WELTERBE AUF ABSCHÜSSIGER BAHN

Ein kritisches Fazit der diesjährigen Sitzung des Welterbekomitees

Im Juli kam das Welterbekomitee der UNESCO zu seiner diesjährigen Sitzung zusammen. Da diese im vergangenen Jahr wegen der Covid-19-Pandemie ganz ausgefallen war, mussten Teile der damaligen Tagesordnung nachgeholt werden, weshalb die Konferenz von 10 auf 14 Tage ausgedehnt wurde. Zugleich bedingte die anhaltende Pandemie aber, die Sitzung nur mit einer Minimalbesetzung im gastgebenden China abzuhalten; alle anderen Teilnehmenden – auch die stimmberechtigten Mitglieder des Welterbekomitees – wurden per Videoanruf zugeschaltet. Die hybride Veranstaltung konnte wegen der Zeitunterschiede jeweils nur über die vier europäischen Mittagsstunden stattfinden. Das Ergebnis war ein völlig überfrachtetes Programm mit eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten insbesondere für TeilnehmerInnen mit Beobachterstatus.

Es waren vier volle Tage vorgesehen, um über Nominierungen für 42 Neueinschreibungen (und drei Ergänzungen) in die Welterbeliste zu beraten, aber nur zweieinhalb Tage, um den Erhaltungszustand von 202 bereits eingeschriebenen Welterbestätten zu überprüfen – nur 17 davon wurden diskutiert. Über die anderen 185 Stätten wurde ohne Diskussion entschieden. Zwei Stätten – die Akropolis von Athen und die Kurische Nehrung –, die durch Bauvorhaben und Tourismusedwicklung in akuter Gefahr sind, kamen nicht einmal auf die Tagesordnung. Weitere 52 Stätten, die auf der Liste des Gefährdeten Welterbes stehen, werden üblicherweise alle diskutiert – in diesem Jahr beschränkte man sich auf ganze vier von ihnen.

Von den 17 Stätten, über die debattiert wurde, gelangten sieben in die Beschlussvorlagen der beratenden Fachgremien (Weltnaturschutzunion (IUCN) für Naturstätten, Internationaler Rat für Denkmalpflege (ICOMOS) für Kulturstätten). Sie sollen in die Liste des Gefährdeten Welterbes eingetragen werden – darunter Venedig, das Kathmandutal und das Große Barrierriff in Australien. Alle sieben Vorlagen wurden von einer immer gleichen Phalanx von Staaten abgeschmettert, deren Stichwortgeber und Wortführer Russland, China, Brasilien, Ägypten, Südafrika, Nigeria, Äthiopien, Thailand und Saudi-Arabien waren. Die wenigen anderen Staaten, die sich um auf fachlichen Bewertungen gründende Entscheidungen bemühten – vor allem Norwegen und mit Einschränkungen Australien und Spanien – standen auf verlorenem Posten. Die Regierungen dürfen mit der Vernachlässigung bzw. mutwilligen Zerstörung ihrer Welterbestätten weitermachen wie bisher.

Das haarsträubendste Beispiel dafür war ohne Zweifel das Selous Game Reservat in Tansania, in dessen Mitte die Regierung einen gewaltigen Staudamm errichten lässt und die das Schutzgebiet in zwei Gebiete mit geringerem Schutzstatus aufgeteilt hat. Die Streichung von der Welterbeliste war damit eigentlich zwingend, aber die oben genannten Staaten wendeten dies mit dem Hinweis ab, dass Tansania die Möglichkeit erhalten müsse, sich zu entwickeln. Der Hintergrund dürfte nicht nur sein, dass Staudämme noch immer als eine Form nachhaltiger Energiegewinnung von den großen Entwicklungsbanken finanziert werden, die sich um schöngestige Dinge wie den Schutz des Natur- und Kulturerbes nicht kümmern. Solche Megaprojekte bieten auch besonders günstige Bedingungen für Korruption.

Auch für Liverpool war die Streichung von der Welterbeliste empfohlen worden. Zunächst sah es jedoch danach aus, dass dies ebenfalls verhindert werden würde. Erst als Norwegen eine geheime Abstimmung verlangte, kehrten sich die Mehrheiten um. Man darf davon ausgehen, dass politischer Druck auf ehemalige Kolonien im Welterbekomitee in diesem Moment nicht mehr funktionierte und diese dem ehemaligen Mutterland, Europa und dem Westen nur zu gern eine Lektion erteilten.

Bei den Neueinschreibungen setzte sich der verhängnisvolle Trend des Welterbekomitees fort, Stätten auch gegen den Rat der Fachgremien in die Welterbeliste einzuschreiben. Von den 42 nominierten Stätten wurden 34 aufgenommen, davon 15 – über ein Drittel! – gegen den Rat der Fachleute. Ein kanadischer Berater hatte dafür einen sarkastischen Vergleich mit den Olympischen Spielen

übrig: „Wir vergeben Goldmedaillen an alle Teilnehmer, denn wir sind sicher, dass sie das ermutigen wird, härter zu trainieren und bei zukünftigen Olympischen Spielen besser abzuschneiden.“

Auffällig ist dabei auch, dass sieben der neuen Nominierungen von Staaten eingebracht wurden, die selbst im Welterbekomitee sitzen und über die Nominierungen mit abstimmen – und alle diese Staaten zu der Blockiererguppe um China und Russland gehören. Man braucht kein Experte zu sein, um dies als einen Schulbuchfall von Interessenkonflikt zu erkennen. Aus genau diesem Grund hat die UNESCO die Mitgliedstaaten des Welterbekomitees aufgefordert, keine eigenen Nominierungen vorzulegen, aber der Wettlauf um immer mehr Welterbestätten scheint keine moralischen Rücksichten zu kennen.

Ausgewogene Welterbeliste: Fehlanzeige

Die Bemühungen um eine global ausgewogene Welterbeliste wurden ein weiteres Mal von den Staaten Europas konterkariert. Von ihnen wurden allein 18 der 34 neu eingeschriebenen Stätten vorgeschlagenen, dagegen jeweils nur zwei aus Afrika und den arabischen Staaten. Alle Entwicklungsländer zusammen kamen auf lediglich sieben Nominierungen! Deutschland hat sich hier mit fünf Nominierungen (drei davon mit anderen Staaten zusammen) besonders unrühmlich hervorgetan. Da hilft es auch wenig, Entwicklungsländer bei ihren Nominierungen mit deutschen Experten zu unterstützen oder ihre Covid-19-bedingten Einnahmeausfälle auszugleichen: Das Bild, das Deutschland auf dieser enorm wichtigen internationalen Bühne abgibt, ist von seinen erklärten Politikzielen weit entfernt.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus aller Welt bemühten sich in ihren Beiträgen nach Kräften, ein realistisches Bild von der Situation an den Welterbestätten zu zeichnen (es wird in den offiziellen Berichten meist schöngefärbt), aber unter der Leitung des chinesischen Vorsitzenden hatten sie nichts zu lachen. Erst führte er die vor drei Jahren abgeschaffte Praxis wieder ein, dass die NGOs erst das Wort erhalten, nachdem die Beschlüsse verabschiedet wurden – was sie von einer auch nur minimalen Beteiligung an der Willensbildung des Welterbekomitees ausschloss. Dann, unter immer größerem Zeitdruck durch die überfrachtete Tagesordnung und stundenlange Prozedurdiskussionen, reduzierte er sogar diese Wortmeldungen noch von zwei Minuten auf eine, um sie am Schluss ganz zu streichen. Allein Norwegen wies auf die wichtigen Beiträge der Zivilgesellschaft hin.

Ähnlich erging es den VertreterInnen der indigenen Völker, die immer wieder darauf verweisen mussten, dass die Vereinten Nationen ihnen ein Recht auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu allen Entscheidungen geben, die sie betreffen, während dieses Recht bei vielen Nominierungen für die Welterbeliste missachtet worden sei.

Angriff auf Zivilgesellschaft

Einen unschönen Höhepunkt erreichte das Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft, als Venezuela der Organisation SOS Orinoco vorwarf, einer faschistischen Agenda zu folgen und ihre Anleitungen aus Washington zu erhalten. Während man vom Maduro-Regime wenig Anderes erwarten konnte,

» Welterbestätten – insbesondere im Globalen Süden – können zu Motoren nachhaltiger Regionalentwicklung werden.

sprangen die Blockierer, angeführt wiederum von Russland und China, sofort herbei und beschuldigten die NGOs in totaler Verdrehung der Tatsachen, die UNESCO-Sitzung für politische Erklärungen zu missbrauchen. Fast noch bedrückender war, dass kein einziger der 194 Mitgliedstaaten der Welterbekonvention gegen diese Angriffe auf die Zivilgesellschaft Stellung bezog. Es war am darauffolgenden Tag die Vertreterin der Biden-Regierung, die sich dagegen verwehrte.

Bei dieser Lage der Dinge fällt es schwer, der Arbeit des Welterbekomitees viel Positives abzugewinnen. Trösten darf man sich damit, dass für 185 Stätten Beschlüsse gefasst wurden, die zumindest nicht durch Änderungsanträge verwässert wurden. Die Praxis, beinahe um jeden Preis immer neue Stätten auf die Welterbeliste zu setzen, ohne die finanzielle und personelle Ausstattung des UNESCO-Welterbezentrums zu erhöhen, muss zwangsläufig dazu führen, dass einerseits die Welterbeliste mit Stätten überfrachtet wird, die die Bedingungen für diesen Status nicht erfüllen, und andererseits die UNESCO ihrer Aufgabe der Überwachung ihres Erhaltungszustands immer weniger gerecht werden kann.

Es hilft aber wenig, nur mit dem Finger auf die jetzigen Mitgliedstaaten des Welterbekomitees zu zeigen. Verantwortungsvollere Staaten müssen für eine Mitgliedschaft im Welterbekomitee kandidieren, damit die verhängnisvollen Entwicklungen des Welterbes verändert werden können. Im November scheiden die meisten der Staaten der Blockiererguppe aus dem Welterbekomitee aus. Dies wäre die Stunde für Deutschland, Frankreich, die USA, Mexico, Japan, Neuseeland und andere, gemeinsam ihren Hut in den Ring zu werfen und zum 50. Jubiläum der Welterbekonvention im

kommenden Jahr die dringend erforderlichen Änderungen auf den Weg zu bringen.

Verantwortung für gemeinsames Erbe der Menschheit

Auch das allein wird aber nicht reichen. Die internationale Gemeinschaft muss begreifen, dass sie mit der Einschreibung der Stätten als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ eine Verantwortung für deren Erhalt übernimmt. Dies muss sich in der Politik der Gebergemeinschaft niederschlagen: Welterbestätten insbesondere in den Entwicklungsländern können zu Motoren nachhaltiger Regionalentwicklung werden, und die Bevölkerungen in ihrer Umgebung müssen endlich die Vorteile davon zu spüren bekommen, die sie zu Recht erwarten.

Die scheidende Direktorin des UNESCO-Welterbezentrums Mechtild Rössler, die sich bleibende Verdienste um das Welterbe erworben hat, schloss ihre Abschiedsworte mit dem Satz: „Wenn wir es nicht schaffen, die wertvollsten Stätten unseres Planeten zu schützen, was bleibt dann noch übrig?“



Stephan Dömpke

Der Autor ist Gründungsvorsitzender von World Heritage Watch, einem globalen Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Welterbe.

www.world-heritage-watch.org

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

3/2021



ÜBERNUTZTE WÄLDER UNSER WIDERSPRÜCHLICHES VERHÄLTNIS ZUM WALD

GRENZENLOSER KONSUM
Wie die Menschheit
Wälder ins Burnout treibt

› Seite 2

HOLZ ALS NEUE KOHLE?
Warum Europa Wälder
aus aller Welt verfeuert

› Seite 7

WEGWERFPRODUKT HOLZ
Wie der Papierhunger
Wälder zerstört

› Seite 14

BIO-KAPITALISMUS
Von falschen Klima-
versprechen & Bioökonomie
als Brandbeschleuniger

› Seite 28

ISSN 1864-0982